

Anti-Xenophobie Dialog

14. FEBRUAR 2018

Der Anti-Xenophobie Dialog ist eine Veranstaltungsreihe, die in Zusammenarbeit mit dem South African Council of Churches in Gauteng durchgeführt wird. Das Ziel ist es, die Konfliktlösungskompetenzen von Gemeindeleitern zu stärken sowie ihre Zusammenarbeit mit der Regierung und anderen Organisationen für die Bereitstellung von Hilfe gegen Xenophobie zu verbessern. Der erste Dialog fand am 14. Februar 2018 im Khotso House in Johannesburg statt.

Die Gastredner waren Rev. Gift Moerane (Provincial Ecumenical Secretary im South African Council of Churches, Gauteng), Lusungu Phiri (Lawyers for Human Rights), Abenge Buswato (African Diaspora Forum) und Phillip Molekoa (South African Human Rights Commission). Gosiame Choabi (South African Council of Churches) hat die Veranstaltung moderiert.

Der Dialog wurde von **Rev. Gift Moerane** eröffnet. In seinem Begrüßungswort gab er Hintergrundinformationen zu dem „Emergency and Refugee Programme“ des SACC,

das darauf abzielt, Flüchtlingen Zuflucht zu bieten. Rev. Moerane appellierte in seiner Rede an alle Kirchen, zusammenzuarbeiten und Raum sowie Ressourcen für Migranten bereit zu stellen. Hierfür will er Sorge tragen, dass alle Mitgliedskirchen des SACC ausreichende Kapazitäten für den Umgang mit Migranten besitzen. Als weitere Maßnahme legt er fest, dass sich ein geistliches Pfarramt zum Thema Xenophobie bis Ende 2018 formiert haben soll. Er sieht die kommenden Anti-Xenophobie Dialoge als wichtige Maßnahme zur Sensibilisierung und Aufklärung zum Thema Migration.

Nancy Msibi von der Konrad-Adenauer-Stiftung Südafrika unterstrich, dass in Südafrika ausländische Stiftungen wie die KAS einen beachtlichen Beitrag zur Gesellschaftspolitik leisten. Sofern sich in Südafrika mit der existierenden Xenophobie nicht auseinander gesetzt wird, werden diese ausländischen Stiftungen künftig besorgt über die möglichen Auswirkungen auf ihre Arbeit sein. Aus diesem Grund setzt sich die KAS zusammen mit dem SACC

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

PETIDA CHOMPHOO

Februar 2018

www.kas.de



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und International
Zusammenarbeit

Auslandsbüro Südafrika
60 Hume Road, Dunkeld 2196/
Johannesburg

P.O. Box 55012, Northlands
2116/ Johannesburg, Republic of
South Africa

Telefon: +27 11 214 29 00
Fax: +27 11 214 29 13
info.johannesburg@kas.de

dafür ein, aktiv gegen Xenophobie vorzugehen und diese zu bekämpfen.

Lusungu Phiri von Lawyers for Human Rights (LHR) ist verantwortlich für Flüchtlinge und Migranten in Südafrika. In ihrem Projekt zum Thema Staatenlosigkeit wird sich auf Personen konzentriert, die aufgrund von Ereignissen, die nicht ihrer Kontrolle unterliegen, staatenlos werden. Sie beschrieb, wie staatenlose Personen keine rechtlich bindende Ehe eingehen können und keinen Zugang zu unbefristeten Arbeitsplätzen oder Dienstleistungen des Staates haben. Ihre Kinder haben keinen Zugang zur Schulbildung. Die Androhung von Festnahme, Verfolgung, Inhaftierung und möglicher Abschiebung begleitet staatenlose Personen in ihrem Alltag. Aufgrund dieser Probleme ist ein Handlungsschwerpunkt des LHR die Bereitstellung einer mobilen Einheit zur Unterstützung bei der Registrierung von Staatenlosen. Des Weiteren werden die LHR weiterhin mit dem SACC in Dialogen zusammenarbeiten, um Einheimische über Staatenlosigkeit und die Probleme der Integration aufzuklären.

Phillip Molekoa von der South African Human Rights Commission (SAHRC) erklärte, dass sein Auftrag sich auf die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz der Menschenwürde konzentriert. Dies gilt auch gegenüber LGBTIQ und ausländischen Staatsangehörigen. Zu-

sammen mit anderen Interessengruppen werden sie das Menschenrechtsfestival auf dem Verfassungshügel in Johannesburg ausrichten.

Aenge Buswato vom African Diaspora Forum verwies auf die Tatsache, dass Themen über Migranten sehr komplex und vielfältig sind. Diese führen in erheblichem Maße zu Stigmatisierungen und Anschuldigungen gegen Ausländer. Daher müssen die Bürger Südafrikas intensiv über Migration und die verschiedenen Gesetzgebungen informiert werden. Er unterstützt eine allgemeine Amnestie für Personen ohne Registrierung und ruft zur Stärkung der zwischenmenschlichen Solidarität auf. Sein Vortrag zeigte, dass die Dokumentation von Kindern und Jugendlichen verbessert werden muss, um junge Straftäter zu verhindern.

Die folgende Diskussionsrunde brachte folgende Schlussfolgerungen: Um eine effiziente und transparente Bildungsarbeit vor Ort zu leisten, ist es notwendig, möglichst viele Informationen und Zahlen über Opfer von Fremdenfeindlichkeit zu sammeln. Die mobile Einheit für die Dokumentation und Beratung von Inländern und Ausländern, soll zunächst in dem Ort Tembisa beginnen. Dort sollen alle der vorgeschlagenen Aktionspunkte berücksichtigt werden.

Der Bericht ist online erhältlich.